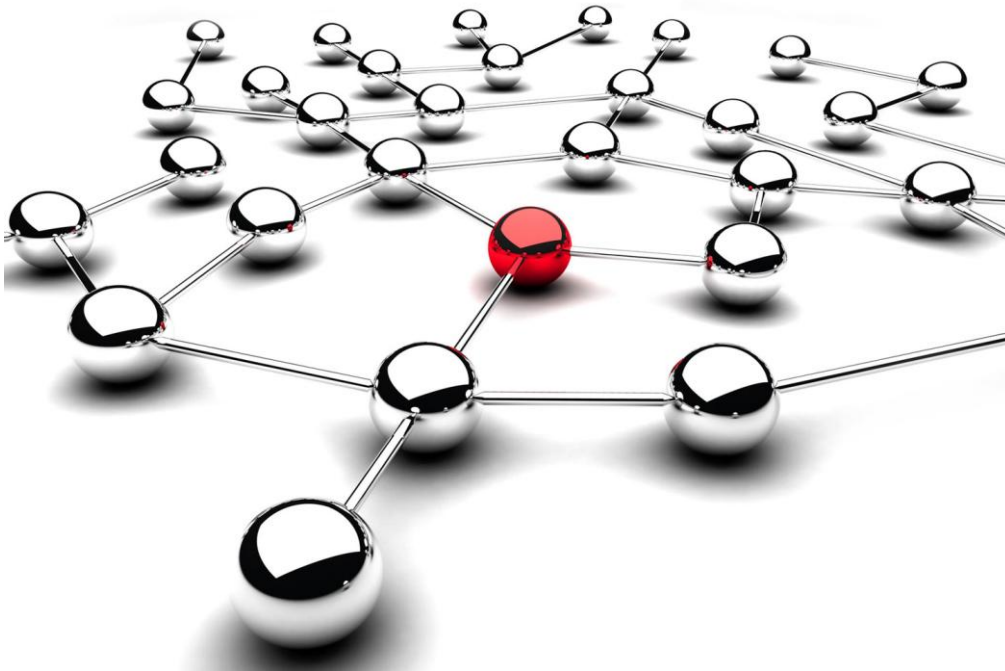


Dossier Wirtschaftspolitik
2012/15 | 06. Dezember 2012

Diagnose Österreich - Winter 2012

Einschätzung und Empfehlungen von IWF, EK, OECD
und des Staatsschuldenausschusses zur österreichischen
Wirtschaftspolitik



Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien
www.wko.at/wp
wp@wko.at

Autor:
Mag. Stephan Henseler
+43 (0)5 90 900-4269
stephan.henseler@wko.at

Inhaltsverzeichnis

1 Executive Summary	3
2 Internationaler Währungsfonds (IWF)	5
Fokus: Konsolidierung bei gleichzeitigen Strukturreformen	5
3 Europäische Kommission (EK)	6
Fokus: Reformschwerpunkte: Pensionen und Arbeitsmarkt	6
4 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung (OECD)	8
Fokus: System- und Staatsreformen	8
5 Staatsschuldenausschuss	10
Fokus: Wachstumsimpulse durch Konsolidierung und Reformen	10
6 Zusammenfassung und Einschätzung	11
7 Quellen	13

1 Executive Summary

Das Jahr 2012 barg und birgt für Österreich und Europa zahlreiche Herausforderungen. Unter anderem galt und gilt es, auf die Staatsschuldenkrise in der Eurozone zu reagieren, dem Konjunkturabschwung entgegenzuwirken, die Budgetkonsolidierung glaubwürdig voranzutreiben und das Vertrauen in die Politik, im Euroraum und in den Märkten wieder herzustellen.

Insgesamt gesehen fallen die Wachstumsaussichten für Österreich in den kommenden Monaten moderat aus, und die berechtigte Frage bleibt bestehen, wo und wie neues Wachstum entstehen soll. Um einerseits den zahlreichen Herausforderungen zu begegnen und gleichzeitig wichtige Wachstumsimpulse zu setzen, muss es Ende 2012 zu einem - von der Wirtschaftskammer Österreich schon seit geraumer Zeit geforderten Umdenken im Sinne von „Erneuern, um zu wachsen“ kommen. Nur durch Erneuerungen und damit verbundenen Wachstumsimpulsen kann die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Österreich - vor allem auch in wirtschaftlich schwierigeren Zeiten - gesichert und weiter verstärkt werden.

Umdenken im Sinne von „Erneuern, um zu wachsen“ mehr denn je notwendig

Konjunkturindikatoren für Österreich

Jährliche Veränderung	Prognose					
	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BIP (real)	1,4	-3,8	2,1	2,7	0,6	1,0
Privater Konsum (real)	0,7	1,1	1,7	0,7	0,6	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	-7,8	0,8	7,3	1,1	1,5
Warenexport (real)	0,5	-18,3	13,0	7,9	0,8	4,3
Leistungsbilanz (% BIP)	4,9	2,7	3,0	1,9	2,3	2,6
Inflation	3,2	0,5	1,9	3,3	2,3	2,1
Beschäftigung	1,7	-1,5	0,8	1,9	1,5	0,5
Arbeitslosenquote (Eurostat Definition)	3,8	4,8	4,4	4,2	4,4	4,8
Lohnstückkosten	3,6	4,8	-0,3	0,8	4,1	1,8
Produktivität	-0,5	-3,5	3,0	-0,1	-1,5	0,5
Budgetdefizit (% BIP)	-0,9	-4,1	-4,5	-2,6	-2,9	-2,6

Quelle: WIFO Prognose für 2012 und 2013, 28. September 2012

Generell bewerten die internationalen Organisationen die Wirtschaftslage und Konjunkturaussichten Österreichs im EU-27-Vergleich als vorsichtig positiv. Unter anderem wird Österreich mit einer guten Arbeitsmarktpformance, vergleichsweise höherem Wirtschaftswachstum, einer guten Außenhandelsperformance sowie einer robusten Binnennachfrage in Verbindung gebracht.

Österreich in vielen Belangen im EU-Vergleich gut aufgestellt ...

Bei ihren Einschätzungen weisen die Organisationen jedoch nach wie vor - und zum wiederholten Male - auf zahlreiche Herausforderungen hin. Zu bedenken geben unter anderem das hohe Staatsschuldenniveau (trotz laufender Konsolidierungsbemühungen), Belastungen resultierend aus der generellen finanziellen Instabilität der Eurozone (in Kombination mit Österreichs hoher Exportabhängigkeit), fehlende Strukturreformen (bei Pensionen, Bildung, Gesundheit und in der Verwaltung) sowie die engen wirtschaftlichen Verknüpfung Österreichs mit der Region Ost- und Südosteuropas.

... aber internationale Organisationen identifizieren bestehende Schwachstellen

Grundsätzlich lassen sich die Empfehlungen für Österreichs zukünftige Wirtschaftspolitik in folgende Bereiche einteilen:

- Konsolidierung bei gleichzeitigen Strukturreformen
- Reformschwerpunkte: Pensionen und Arbeitsmarkt
- System- und Staatsreformen
- Wachstumsimpulse durch Konsolidierung und Reformen

Eine ambitionierte Umsetzung dieser Empfehlungen, so die Organisationen, ist unumgänglich, um die heimische Wirtschaft auf die kommenden Monate optimal einzustellen und um den Wirtschaftsstandort Österreich mittel- und langfristig zu stärken und zu sichern.

Österreichs Unternehmen sind nach wie vor der Motor der heimischen Wirtschaft. Sie leisten einen großen Beitrag zum Erfolg und der Weiterentwicklung der österreichischen Volkswirtschaft. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten - wie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 - waren Österreichs Unternehmen maßgeblich daran beteiligt, dass unser Land relativ gut aus der Krise gekommen ist und sich vor allem im Vorjahr sehr positiv entwickelt hat.

So haben die österreichischen Unternehmen im Jahre 2011 unter anderem:

- 184,9 Mrd. Euro an Bruttowertschöpfung generiert,
- 2,26 Mio. MitarbeiterInnen beschäftigt,
- 128.078 Lehrlinge ausgebildet,
- 98 Mrd. Euro an Löhnen und Gehältern bezahlt (aktuelle Arbeitskostenerhebung),
- 43,2 Mrd. Euro an Steuern und Abgaben gezahlt,
- 37,6 Mrd. Euro in Österreich investiert (in Sachgüter, Ausrüstungen, Infrastruktur, Bauten usw.),
- 121,77 Mrd. Euro an Waren ins Ausland exportiert,
- 5,1 Mrd. Euro in Forschung & Entwicklung investiert.
- Außerdem wurden im Jahr 2011 insgesamt 35.279 Unternehmen neu gegründet.

Zahlen belegen: Leistungen der Unternehmen tragen maßgeblich zum Erfolg Österreichs bei

Damit der Motor der österreichischen Wirtschaft nicht zu stottern beginnt und der Standort Österreich nicht an Attraktivität verliert, gilt es, adäquate Rahmenbedingungen zu schaffen und eine ambitionierte sowie zukunftsgerichtete Wirtschaftspolitik umzusetzen. Dies bedingt aber auch, den Empfehlungen der internationalen Organisationen, die sich zu einem großen Teil mit langjährigen Forderungen der Wirtschaftskammer Österreich decken, zu folgen.

Empfehlungen der internationalen Organisationen von WKÖ schon wiederholt gefordert

Zahlreiche langjährige Forderungen, die ganz im Zeichen einer innovativen Wachstumspolitik, einer zukunftsorientierten Standortpolitik und einer Stärkung des Unternehmertums stehen, sind im mittelfristigen Programm **Zukunft:Wirtschaft** bzw. in der **Jahresagenda 2013** der Wirtschaftskammer Österreich zusammengefasst.

2 Internationaler Währungsfonds (IWF) Fokus: Konsolidierung bei gleichzeitigen Strukturreformen

Der IWF bescheinigt Österreich im Rahmen der Artikel IV Konsultation vom August/September 2012 eine im Vergleich mit anderen EU-Mitgliedern gute wirtschaftliche Performance und solide makroökonomische Fundamentaldaten. Nichtsdestotrotz sieht der IWF die Gefahr, dass eine mögliche Verschärfung der Schuldenkrise in der Eurozone Österreichs Konjunktur nachhaltig beeinträchtigen könnte. Vor diesem Hintergrund wird das Wirtschaftswachstum Österreichs, welches über dem EU-Schnitt liegt, laut IWF im heurigen und im nächsten Jahr nur moderat ausfallen, jedoch sukzessiv wieder an Elan gewinnen.

Positiv wird vom IWF der beschrittene Budgetkonsolidierungspfad beurteilt, welcher eine adäquate Balance zwischen Spar- und Wachstumsstrategien beinhaltet. Dennoch müsse Österreich nach Einschätzungen des IWF weitere Anstrengungen zur Schuldenreduktion unternehmen und hierbei vor allem ausgabenseitig ansetzen. Konsolidierungsbedarf besteht vor allem auf Grund der Alterung der Bevölkerung, den steigenden Gesundheitsausgaben, der hohen Frühpensionsrate sowie der bestehenden Förderstruktur.

Schuldenkrise in Europa strahlt noch immer gewisse Gefahr für Österreichs Konjunktur aus

Nach wie vor Konsolidierungsbedarf

Konjunkturindikatoren - IWF

Jährliche Veränderung	2008	2009	2010	2011	Prognose	
					2012	2013
BIP (real)	1,4	-3,8	2,1	2,7	0,9	1,1
Leistungsbilanz (% BIP)	4,9	2,7	3,0	1,9	1,9	1,6
Inflation (HCPI)	3,2	0,4	1,7	3,6	2,3	1,9
Arbeitslosenquote	3,8	4,8	4,4	4,2	4,3	4,5

Quelle: World Economic Outlook, Oktober 2012

Stärken und Schwächen aus Sicht des IWF

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> – Österreichs makroökonomische Fundamentaldaten, Fiskalposition und Wachstumsaussichten sind relativ gesehen besser als in anderen EU-Staaten. – Maßnahmen zur Anhebung der Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen wurden mit den Sozialpartnern gesetzt, mehr Anstrengungen sind aber notwendig. – Konsolidierungsbemühungen wie z.B. die Schuldenbremse und Maßnahmen der Politik nach der Rating-Abstufung werden begrüßt. 	<ul style="list-style-type: none"> – Die generelle finanzielle Instabilität der Eurozone, aber auch in Ost-/Südosteuropa, bedroht weiterhin Österreichs Wirtschaft. – Es bedarf konkreter struktureller Konsolidierungsmaßnahmen auf Grund mit der Alterung der Gesellschaft zusammenhängender Kosten. Strukturelle Maßnahmen in der Gesundheit, bei Förderungen und in der Verwaltung sind für die Schuldenreduktion nötig. – Die Erwerbsbeteiligung Älterer ist vergleichsweise niedrig; es bestehen weiterhin Anreize, um in Frühpension zu gehen. – Lohnzurückhaltung in der Lohnsetzung nahm zuletzt ab; Lohnstückkosten haben zuletzt zugelegt.

Konkrete Empfehlungen des IWF laut Artikel IV Konsultation

Fiskalpolitik - ambitioniertere Konsolidierungsbemühungen und Strukturformen: Österreichs Fiskalposition ist im Vergleich zu anderen EU-Staaten relativ gut, jedoch ist die Staatsschuldenquote verhältnismäßig hoch. Der IWF rät deshalb zu mehr Ausgabeneffizienz und Sparmaßnahmen im/bei

- Gesundheitswesen (höhere Ausgabeneffizienz)
- Förderungen (Rationalisierungen, u.a. bei den ÖBB)
- Pensionen (Hacklerregelung, Invaliditätspension)
- Fiskalregeln auf allen Ebenen des Föderalismus

Spielraum für mehr Ausgabeneffizienz und Sparmaßnahmen nutzen

Finanzsektor - intensives Monitoring von Systembanken und Stärkung der Bankenaufsicht: Der IWF empfiehlt ein intensives Monitoring des Bankensektors, u.a. durch regelmäßige Stresstests. Gleichzeitig wiederholt der IWF die Empfehlung, Basel-III-Regelungen schnell umzusetzen (d.h. Stärkung Eigenkapitalbasis und verbesserte Risikodeckung). Des Weiteren würden stärkere Interventionsinstrumente für die Bankenaufsicht eine bessere Basis und einen klareren Verantwortungsbereich schaffen, um bei Fehlentwicklungen rascher eingreifen zu können, so der IWF.

Entwicklungen am Finanzsektor weiterhin beobachten

Strukturreformen im Arbeitsmarkt, um das Wachstumspotenzial zu heben: Der IWF wiederholt seine Empfehlung, die Besteuerung auf Arbeit sowie Sozialversicherungsbeiträge und Lohnnebenkosten zu senken. Ebenso wird wiederholt, das gesetzliche Pensionsalter von Frauen und Männern früher als geplant anzugleichen und die Beschäftigung älterer ArbeitnehmerInnen zu erhöhen. Hier sollte Österreich den vom IWF gelobten und schon eingeschrittenen Reformpfad, den die Regierung mit den Sozialpartnern eingeleitet hat, weiter fortsetzen.

Reformpfad zusammen mit Sozialpartnern weiter verfolgen

3 Europäische Kommission (EK)

Fokus: Reformschwerpunkte: Pensionen und Arbeitsmarkt

Im Jahr 2011 überstiegen die österreichische Wachstumsrate (2,7%) und Arbeitsmarktkennzahlen das Vorkrisenniveau. Das Wirtschaftswachstum hat sich 2012 bei einem gleichzeitigen leichten Anstieg der Arbeitslosigkeit jedoch merklich verlangsamt (Wachstumsprognose für 2012: 0,8%). Ebenso haben Bruttoanlageinvestitionen und Exporte spürbar abgenommen, wobei prognostiziert wird, dass die Exporte 2013 wieder anziehen werden. Trotz der Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität im heurigen Jahr steht Österreich sowohl beim Wirtschaftswachstum als auch mit seinem gut funktionierenden Arbeitsmarkt besser da als der EU-Durchschnitt.

Trotz der (im EU-Vergleich) vergleichsweise guten Wirtschaftsdaten, Konsolidierungsbemühungen, die auch als solche anerkannt werden, und Maßnahmen zur Anhebung des effektiven Pensionsalters sieht die EK Österreich vielen Herausforderungen gegenüber.

So betont die EK in den länderspezifischen Empfehlungen zum Nationalen Reformprogramm Österreichs 2012 („NRP 2012“), dass Verbesserungsbedarf beim Erwerbspotenzial von älteren Personen, Migranten und Frauen, bei der Entlastung des Faktors Arbeit, im Bildungs- und Gesundheitsbereich, bei den Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie bei den Umstrukturierungen von Banken, die staatliche Unterstützung in Anspruch genommen haben, besteht.

Länderspezifische Empfehlungen der EK sprechen zahlreiche Punkte an

Konjunkturindikatoren - Europäische Kommission

Jährliche Veränderung	2008	2009	2010	2011	Prognose	
					2012	2013
BIP (real)	1,4	-3,8	2,1	2,7	0,8	0,9
Privater Konsum	0,8	1,1	1,7	0,7	0,2	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	0,7	-7,8	0,8	7,3	1,6	0,9
Exportrate	1,4	-15,6	8,7	7,2	1,5	3,9
Leistungsbilanz (% BIP)	4,9	2,7	3,5	1,1	1,1	1,2
Inflation (HCPI)	3,2	0,4	1,7	3,6	2,4	1,8
Beschäftigung	1,8	-1,5	0,5	1,4	1,1	0,7
Arbeitslose (Eurostat)	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,7
Lohnstückkosten (real)	1,8	3,4	-1,8	-1,2	1,1	0,3
Budgetdefizit (% BIP)	-0,9	-4,1	-4,5	-2,5	-3,2	-2,7
Staatsschulden (% BIP)	63,8	69,2	72,0	72,4	74,6	75,9

Quelle: European Economic Forecast - Autumn 2012 (November 2012)

Stärken und Schwächen aus Sicht der EK

Stärken

- Der österreichische Arbeitsmarkt weist weiterhin die geringste Arbeitslosenrate in der gesamten EU sowie eine hohe Beschäftigungsrate auf.
- Österreich hat durch Reformen beim Zugang zur Invaliditätspension erste Schritte eingeleitet, um die Anhebung des effektiven Pensionsalters zu erreichen.
- Durch das Konsolidierungspaket hat Österreich den Weg zu tragfähigeren öffentlichen Finanzen eingeschlagen, dennoch sieht das Paket keine Neugestaltung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden vor, obwohl dieser Bereich, insbesondere im Gesundheits- und Bildungswesen, ein hohes Einsparungspotential birgt.

Schwächen

- Österreich muss vor allem über 2013 hinaus die rasche Korrektur des übermäßigen Defizits und die Erreichung der durchschnittlichen jährlichen strukturellen Haushaltsanpassung sicherstellen.
- Die Beschäftigungsquote und Beschäftigungsfähigkeit älterer ArbeitnehmerInnen liegt in Österreich noch immer unter dem EU-Durchschnitt. Zudem werden Früh- und Invaliditätspensionen weiterhin vergleichsweise oft in Anspruch genommen.
- Die Steuer- und Abgabenbelastung zählt zu den höchsten in der EU.
- Strukturreformen im Gesundheits- und Bildungswesen sind nicht ausreichend genug.
- Aufgrund des hohen Engagements der österreichischen Banken in mittel- und osteuropäischen Ländern ist der österreichische Bankensektor stark von den dortigen Entwicklungen abhängig.

Konkrete Empfehlungen der EK im Zusammenhang mit dem „NRP 2012“

Die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sollte weiter verbessert werden: Es sind weitere Konsolidierungsanstrengungen notwendig, um den Referenzwert für die Staatsverschuldung langfristig einhalten zu können. Zudem müssen die Verantwortungsbereiche im nationalen Budgetrahmen sowie die Finanzbeziehungen von Bund, Ländern und Gemeinden besser festgelegt werden, insbesondere im Gesundheits- und im Bildungswesen.

Weitere Konsolidierungsschritte notwendig, um langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen

Eindämmung der Frühpensionen und Harmonisierung des Pensionsantrittsalters von Frauen und Männern: Es sollten Anreize geschaffen werden, die zu einer Zunahme der Beschäftigungsquote und Beschäftigungsfähigkeit der älteren ArbeitnehmerInnen führen sollen. Des Weiteren sollten Frühpensionierungen weiter eingedämmt und die Effektivität der Reformen bei den Invaliditätspensionen überwacht werden, um sicherzustellen, dass das gesetzliche und effektive Pensionsantrittsalter mit der steigenden durchschnittlichen Lebenserwartung zunimmt.

Eindämmung der Frühpensionen und Harmonisierung des Pensionsalters weiter vorantreiben, um Finanzierbarkeit des Systems sicherzustellen

Beteiligung am Arbeitsmarkt erhöhen und Entlastung des Faktors Arbeit: Die EK empfiehlt einerseits Maßnahmen zu setzen, um die Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitskräften, von Migrantinnen und Frauen zu stärken und Ganztagsbetreuungseinrichtungen auszuweiten, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern. Andererseits empfiehlt die EK, die effektive Steuer- und Sozialversicherungsbelastung auf Arbeit, insbesondere für Niedrig- und Durchschnittslohneempfänger, zu reduzieren.

Erwerbsbeteiligung aller Bevölkerungsgruppen zu erhöhen muss das Ziel sein

Reformen im Bildungsbereich: Es sollten weitere Schritte in der Bildungsreform gesetzt werden, um Schulabbrüche zu verhindern, eine zu frühe Differenzierung der Bildungswege zu vermeiden und um die Bildungsergebnisse von benachteiligten jungen Menschen zu verbessern.

Bildungsreform auf allen Ebenen im Sinne der Europa-2020 Ziele

4 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit & Entwicklung (OECD)

Fokus: System- und Staatsreformen

Nach der leichten Konjunkturabschwächung in der 2. Jahreshälfte 2011 hat sich Österreichs Wirtschaft Anfang 2012 aufgrund verbesserter Finanzierungsbedingungen wieder stabilisiert. Der private Konsum und die Investitionen, so die OECD, werden sich aber gegen Ende 2012 nur mehr moderat entwickeln und auch das Exportwachstum bleibt auf einem moderaten Niveau. Die österreichische Wirtschaft sollte ab Mitte 2013 zu ihrem Trendwachstum zurückkehren, da im nächsten Jahr wieder mit einer globalen Erholung der Märkte gerechnet wird. Dies wird sich, so die OECD, positiv auf die österreichischen Exporte und Investitionen auswirken.

Österreichs Wirtschaft ab 2013 wieder im Trendwachstum?

Im letzten Länderbericht „Economic Surveys Austria“ vom Juli 2011 unterstreicht die OECD Österreichs gute wirtschaftliche Leistung bei gleichzeitig starkem sozialen Zusammenhalt. Trotzdem wurde schon damals darauf hingewiesen, dass mehr als ein Viertel des österreichischen BIP ins Sozialsystem fließt. Die Ausgaben für Soziales, so die OECD, müssten daher gezielter eingesetzt werden. Des Weiteren sieht die OECD die Notwendigkeit für ambitionierte Reformen in den Bereichen Pensionen, Bildung und Gesundheit sowie in der Verwaltung.

Schon 2011 Empfehlung der OECD: mehr Ausgabeneffizienz und ambitionierte Strukturformen

In ihrer Wirtschaftsprognose „Economic Outlook“ vom November 2012 lobt die OECD die gute Arbeitsmarktpromesse Österreichs, wenngleich ein geringeres Beschäftigungswachstum prognostiziert wird. Nichtsdestotrotz wird Österreich laut OECD auch weiterhin die niedrigste Arbeitslosenquote in der Europäischen Union vorweisen.

Österreichs Arbeitsmarktpromesse weiterhin gut im EU-Vergleich

Konjunkturindikatoren - OECD

Jährliche Veränderung	Prognose				
	2009	2010	2011	2012	2013
BIP (real)	-3,6	2,2	2,7	0,6	0,8
Privater Konsum	0,2	1,6	0,9	0,2	0,4
Exportrate	-13,7	8,9	7,2	1,7	3,5
Leistungsbilanz (% BIP)	2,7	3,0	1,9	1,8	2,0
Inflation (HCPI)	0,4	1,7	3,6	2,4	1,9
Arbeitslosenquote	4,8	4,4	4,1	4,4	4,7
Budgetdefizit (% BIP)	-4,2	-4,5	-2,5	-3,1	-2,7

Quelle: OECD Economic Outlook, Vol. 2012/1 (Mai 2012) bzw. Vol. 2012/2 - preliminary version (November 2012)

Stärken und Schwächen aus Sicht der OECD

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> – Österreich profitiert von einer erfolgreichen, exportorientierten Wirtschaft, qualifizierten Arbeitskräften sowie einer funktionierenden Sozialpartnerschaft. – Österreichs Arbeitsmarkt hat sich während und v.a. nach der Krise im europäischen Vergleich außerordentlich gut entwickelt. – Österreichs Einführung einer Schuldenbremse ist ein adäquater Schritt in Richtung einer Reduktion des strukturellen Defizits. 	<ul style="list-style-type: none"> – Verstärkte Konsolidierungsmaßnahmen sind jedoch notwendig, um dem Anstieg der Ausgaben im Zusammenhang mit der Alterung der Bevölkerung entgegenzuwirken. – Bildungswege werden zu früh festgelegt. Die Art des Abschlusses ist zu sehr vom familiären Hintergrund geprägt. – Das Gesundheitssystem ist im Vergleich mit anderen Ländern teuer, fragmentiert und zu stark auf Behandlungen im Krankenhaus ausgerichtet.

Konkrete Empfehlungen laut OECD Länderbericht vom Juli 2011 bleiben aufrecht

Abbau des strukturellen Defizits: Festhalten an den Anstrengungen zum Abbau des strukturellen Defizits.

Verwaltungs- und Staatsreform: Die Konsolidierung des Budgets muss von einer Verwaltungs- und Staatsreform begleitet werden, um die Staatsverschuldung dem Maastricht-Richtwert näher zu bringen. Hierbei sind auch die Bundesländer aufgefordert, den österreichischen Stabilitätspakt einzuhalten.

Reform des Gesundheitssystems: Zur Effizienzsteigerung muss die Verantwortungsaufteilung für Gesundheitsleistungen sowie die Finanzierungs- und Ausgabenstruktur zwischen Bund und Ländern klar festgelegt werden. Eine Optimierung des nationalen Kapazitätsplans für öffentlich finanzierte ambulante/stationäre Behandlungen ist notwendig.

Reform des Pensionssystems: Die Ausgaben für Soziales sollen gezielter eingesetzt und existierende Anreize für Frührentierungen abgeschafft werden.

Reform des Bildungssystems: Universitäten sollten ihre Studenten auswählen und Studiengebühren einheben können bei gleichzeitigem Ausbau des Stipendiensystems und der Kreditangebote für StudentInnen.

Reduzierung der Sozialversicherungsbeiträge: Sozialversicherungsbeiträge bzw. Grenzsteuersätze von geringqualifizierten Arbeitskräften sollen reduziert werden, um deren Beschäftigung zu sichern.

Konsolidierung sollte von Verwaltungs- und Staatsreformen begleitet werden

Effizienz und Ausgabenstruktur im Gesundheitsbereich verbessern

Weiterhin akuter Reformbedarf im Pensionssystem ...

... sowie im Bildungsbereich

5 Staatsschuldenausschuss

Fokus: Wachstumsimpulse durch Konsolidierung und Reformen

Das Weltwirtschaftswachstum verliert auf Grund der anhaltenden Schuldenkrise in Europa und der nachlassenden Konjunktur in wichtigen Schwellenländern weiter an Dynamik. Die Lage im Euroraum zeichnet sich dabei durch eine Heterogenität der Wirtschaftsleistung der einzelnen Mitgliedsstaaten und eine abschwächende Binnennachfrage, hervorgerufen durch die nationalen Konsolidierungsmaßnahmen, aus. Österreichs Wirtschaftsdynamik ist 2012 - trotz Verlangsamung - im europäischen Vergleich vergleichsweise robust. Diese Dynamik wird laut Staatsschuldenausschuss vor allem durch den privaten Konsum, hohe Beschäftigung und ansteigende reale Haushaltseinkommen getragen.

Österreichs Wirtschaftsdynamik im EU-Vergleich robust, v.a. getragen durch Konsum und Beschäftigung

Der österreichische Arbeitsmarkt ist im Jahr 2012 geprägt von einer leichten Zunahme der Arbeitslosigkeit bei weiterhin hoher Beschäftigung. Laut Staatsschuldenausschusses tragen die von der Regierung getätigten Konsolidierungsmaßnahmen dazu bei, dass es bis 2014 eine Trendwende bei der Staatsverschuldung und bis 2016 einen weitestgehend ausgeglichenen Staatshaushalt geben wird.

Trendwende bei Verschuldung und Budgetdefizit in Sicht?

Stärken und Schwächen aus Sicht des Staatsschuldenausschusses

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> - Die Arbeitslosigkeit wird bis Ende 2012 nur geringfügig steigen und im EU-Vergleich weiterhin am niedrigsten bleiben. - Der private Konsum bleibt ein wichtiger Faktor hinsichtlich Stabilisierung der heimischen Wirtschaftsentwicklung. - Die Konsolidierungsmaßnahmen der Regierung und Stabilitätsprogramme tragen zu einer Trendumkehr bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen bei. 	<ul style="list-style-type: none"> - Österreich könnte durch eine striktere Anwendung der numerischen Fiskalregeln der EU eine noch schnellere Konsolidierung als im aktuellen Stabilitätsprogramm vorgesehen erreichen. - Eine Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung ist bis dato nicht erfolgt. - Der Investitionszyklus hält 2012 - wenn auch abgeschwächt - an, wobei sich die Dynamik bei den Ausrüstungsinvestitionen im Vergleich zum Vorjahr verlangsamt hat. - Die Exportnachfrage wird sich nur moderat entwickeln und daher werden die Nettoexporte in den kommenden Monaten kaum zum Wirtschaftswachstum beitragen.

Konkrete Empfehlungen des Staatsschuldenausschusses zur Budgetpolitik

Strukturreformen einleiten, um Wachstumsimpulse zu setzen: Wachstumsförderndes Strukturreformpotenzial, wie auch seitens der EU im Rahmen von Europa-2020 empfohlen, liegt in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheit, Förderwesen, Pensionen und im öffentlichen Nahverkehr.

Potenzial für vielschichtige Strukturreformen ist vorhanden

Konsolidierung hat Priorität - Pfad konsequent weiterverfolgen: Der mit den Gebietskörperschaften im Mai 2012 vereinbarte Stabilitätspakt sollte einerseits rechtlich verankert werden, andererseits auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen konsequent eingehalten werden. Sollte es auf Grund von Steuerreformen zu geringeren Einnahmen kommen, müssen zur Gegenfinanzierung Ausgabenkürzungen vorgenommen werden. Budgetrelevante Entwicklungen sollen besser verfolgt und Datenverfügbarkeit und -aktualität sollen auf allen staatlichen Ebenen sowie bei staatsnahen Einrichtungen verbessert werden.

Konsolidierung muss auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen absolute Priorität haben und konsequent verfolgt werden

Mehr Engagement auf europäischer Ebene, damit die notwendigen Maßnahmen zur Lösung der Schuldenkrise ergriffen werden: Österreich sollte seinen Beitrag zur Lösung der Schuldenkrise auf europäischer Ebene liefern, damit europaweit geeignete Maßnahmen gesetzt werden. Diese umfassen z.B. die Sanierung der öffentlichen Haushalte bei gleichzeitiger Budgetdisziplin, richtige Rahmenbedingungen zur Stabilisierung von Wachstum und Beschäftigung, die konsequente Umsetzung von Maßnahmen zur Stabilisierung und der adäquaten Regulierung der Finanzmärkte sowie gezielte Impulse durch Investitionen in Bildung, Forschung, Innovation, Umwelt und Gesundheit.

Österreich muss auf europäischer Ebene aktiver bei der Lösung der Schuldenkrise auftreten

6 Zusammenfassung und Einschätzung

Österreich hat durch kluge Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise bewiesen, nachhaltig mit großen Herausforderungen umgehen zu können. Die niedrigste Arbeitslosenquote in der EU, die erfreuliche Zahl der Unternehmensneugründungen und eine starke Exportperformance der österreichischen Unternehmen bezeugen dies. Durch die wirtschaftliche Verflechtung des heimischen Standortes mit Europa und der Welt gehört Österreich als kleine und offene Marktwirtschaft zu den klaren Gewinnern der Internationalisierung. Nach dem Rückschlag der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 konnte Österreich wieder rasch an Boden gutmachen und eine schnelle Trendwende bei Wachstum, Außenhandel und im Arbeitsmarkt einleiten.

Österreich ist gut aus der Krise hervorgekommen ...

Österreich steht Ende 2012 vor weiterhin wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Das weiß auch Österreichs Unternehmerschaft. Die halbjährlich stattfindende Konjunkturerhebung der Wirtschaftskammer Österreich (Wirtschaftsbarometer Austria, Herbst 2012) unter den Mitgliedern der WKO zeigte zuletzt deutlich, dass die Unternehmen bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung unsicher sind. Nach Einschätzung der Unternehmen sind die steigenden Energiepreise, der Fachkräftengpass und die Steuer-/Abgabenlast die größten Unsicherheitsfaktoren, was auch das Expansionstempo bei Investitionen, das ohnehin sehr gering ist, weiter abbremst.

... Unternehmen spüren jedoch weiterhin Unsicherheiten und sehen sich wirtschaftlich schwierigen Zeiten gegenüber ...

Auf Grund der derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und moderaten Wachstumsprognosen für 2012 und 2013 gilt es deshalb mehr denn je, den wettbewerbsfähigen Standort Österreich nachhaltig zu sichern und zu stärken. Um dies zu erreichen, müssen bestehende Stärken weiter verstärkt, Chancen genutzt, vorhandene Schwächen ausgemerzt und Risiken beachtet werden.

... in denen es mehr denn je erforderlich ist, wirtschaftspolitische Maßnahmen zu setzen, die den Wirtschaftsstandort Österreich stärken

SWOT-Analyse für Österreich

<p>Stärken</p> <ul style="list-style-type: none"> - Sektorale Vielfalt der Wirtschaft - Gute Infrastruktur - Geopolitisch günstige Lage - Geringe Arbeitslosenquote - Erfolgreiche Internationalisierung - Flexible, klein strukturierte Wirtschaft - Effektive Sozialpartnerschaft - Hohe Lebensqualität - Hoher Wohlstand und hohe Kaufkraft 	<p>Schwächen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hohe Staatsverschuldung - Hohes Budgetdefizit - Verwaltungsreformbedarf - Fehlender Elan bei Reformen in den Bereichen Pensionen, Verwaltung, Gesundheit und Bildung, Pensionen - Hohe Steuern- und Abgabenquote - Hohe Arbeitskosten und Lohnnebenkosten
<p>Chancen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auflösung des Reformstaus - Exportorientierung in Richtung der Wachstumsmärkte (BRICS, Türkei und Osteuropa) - Potenzial für Direktinvestitionen - Nutzung der offenen Arbeitsmärkte - Gründer- und Innovationspotenzial - Kreativwirtschaft 	<p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> - Internationale Risiken (Rohstoffpreise, Ungleichgewichte in der Eurozone und Schuldenkrise) - Facharbeiterengpass - Fortsetzung des Reformstaus - Investitionsmängel - Kreditklemme

Quelle: eigene Darstellung

Die von den internationalen Organisationen ausgesprochenen Empfehlungen, die zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes beitragen würden, decken sich mit wichtigen - und zum Teil langjährigen - Forderungen der Wirtschaftskammer Österreich, wie sie auch im Sinne einer mittelfristigen Standortstrategie in der Wirtschaftspolitischen Agenda **Zukunft:Wirtschaft** zusammengefasst sind.

Deshalb Forderungen der WKÖ:

Das Ziel einer zukunftsorientierten Standortpolitik verfolgt auch die **Jahresagenda 2013** der Wirtschaftskammer Österreich. Angesichts der budgetären Lage und der notwendigen Sanierung der öffentlichen Finanzen muss eine ambitionierte Staats- und Verwaltungsreform in Angriff genommen und eine effiziente Erbringung von Leistungen auf allen Gebietskörperschaftsebenen als Ziel verfolgt werden. Eine Konsolidierung der öffentlichen Finanzen ist insofern unabdingbar, weil Schulden zu Lasten zukünftiger Generationen gehen und den Spielraum für nachhaltige Investitionen nehmen.

Ambitionierte Staats- und Verwaltungsreform ...

... Konsolidierung ...

Parallel zur Budgetkonsolidierung und zum Schuldenabbau müssen deshalb dringend notwendige Strukturreformen in den Bereichen Verwaltung, Pensionen, Gesundheit und Bildung ehestmöglich umgesetzt werden. Begleitend dazu müssen aus Sicht der Wirtschaftskammer Österreich auch Wachstumspulse für Zukunftsinvestitionen in den Bereichen Forschung & Entwicklung, Innovation, Bildung und Infrastruktur gesetzt werden, um damit das Produktivitäts- und Innovationspotenzial der österreichischen Wirtschaft zu steigern.

... Schuldenabbau ...

... weitreichende Strukturreformen bei gleichzeitigem Ausbau der Zukunftsinvestitionen

Nur wenn die Regierung Handlungsfähigkeit beweist und die Weichen in Richtung Erneuerung stellt, können der Wirtschaftsstandort gestärkt und Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand erhalten werden.

Denn: Bei Nichthandeln würde die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes nachhaltig geschwächt werden

Aber nicht nur Österreich muss das Reformtempo beschleunigen. Alle EU-Mitgliedsstaaten sind gefordert, ihre nationalen Politiken noch stärker aufeinander abzustimmen und den Zusammenhalt sichtbar zu machen. Nur auf diese Weise kann die derzeitige Schuldenkrise in Europa nachhaltig gemeistert und so ein mögliches Auseinanderbrechen der Eurozone verhindert werden.

Handlungsbedarf in ganz Europa!

7 Quellen

Internationaler Währungsfonds, Austria: 2012 Article IV Consultation, IMF Country Report 12/251, August 2012

Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, Oktober 2012

Europäische Kommission, Assessment of the 2012 national reform programme and stability programme for Austria, COM(2012) 306 final, Juni 2012

Europäische Kommission, European Economic Forecast - Autumn 2012, European Economy 7/2012, November 2012

Europäische Kommission, Jahreswachstumsbericht 2012, Dezember 2011

Rat der Europäischen Union, Empfehlungen zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2012 und Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm Österreichs für die Jahre 2011-2016, SWD(2012) 306 final, Juni 2012

OECD, Economic Outlook Vol. 2012/1, Mai 2012

OECD, Economic Outlook Vol. 2012/2 - preliminary version, November 2012

OECD, Economic Surveys Austria, Juli 2011

Staatsschuldenausschuss, Bericht über die öffentlichen Finanzen 2011, Juli 2012

Staatsschuldenausschuss, Empfehlung des Staatsschuldenausschusses zur Budgetpolitik und deren Finanzierung 2012, Juli 2012

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung
Blattlinie: Dossiers Wirtschafts-
politik informieren regelmäßig
über aktuelle wirtschafts-
politische Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung,
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung